



**SEITE 2**  
Im Interview:  
der DGB-Vorsitzende  
Michael Sommer

**SEITE 3**  
Altersteilzeit als  
Beschäftigungsbrücke



**SEITE 4/5**  
Peter Struck, Vorsitzender  
der SPD-Bundestags-  
fraktion, zieht Bilanz

**SEITE 6**  
Krisenschutz für die  
Entwicklungsländer



**SEITE 7**  
Ökologie als Chance für  
Unternehmen

**SEITE 8**  
Familienpolitik  
muss Chancengleichheit  
fördern

# GUTE ARBEIT

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

Ausgabe 4/2009

# Atomstrom bleibt Risikotechnologie

Erneuerbare Energien sind die Zukunft

**Unbeirrt von Störfällen und wissenschaftlichen Erkenntnissen sprechen CDU/CSU und FDP weiter von einer „Renaissance der Atomenergie“. Für die SPD-Bundestagsfraktion ist dagegen klar: Zum Ausstieg aus der Atomenergie gibt es keine Alternative.** Allein die Störfälle in der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass die Betreiber mit der hochsensiblen Atomtechnologie überfordert sind. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel fordert deshalb, die acht maroden Reaktoren in Deutschland abzuschalten: „Das ist auch ein Gebot der ökonomischen Vernunft.“ Denn wenn die Atomkraftwerke länger laufen, würde „das Job-Wunder der Erneuerbaren Energien, das bereits zu 280 000 neuen Arbeitsplätzen geführt hat, jäh gestoppt.“ Für die SPD-Bundestagsfraktion ist „Deutschland mit der Förderung der Erneuerbaren Energie auf dem richtigen Weg“, erklärt deren umweltpolitischer Sprecher Marco Bülow.

Die Haltung der Union sichert dagegen die Gewinne der Stromkonzerne. „Mit der Blockade des Atomausstiegs sollen die Monopole am Strommarkt verlängert werden“, sagt der



stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Ulrich Kelber, und betont: „Das gefährdet die Klimaschutzziele Deutschlands und zementiert die überhöhten Strompreise.“

Das Märchen von der Versorgungssicherheit haben die Energieversor-

ger selbst widerlegt: Momentan sind sechs von 17 deutschen Atomkraftwerken aus Sicherheitsgründen abgeschaltet. Dennoch ist die Versorgung gewährleistet. Für Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zeigt das: „Wir brauchen die Atomkraft nicht.“ ■

**Erneuerbare Energien als Jobmotor: Bundesweit arbeiten bereits 280 000 Menschen in dieser Branche. Tendenz steigend. In der Atomindustrie sind nach Betreiberangaben direkt und indirekt gerade mal 38 000 Menschen beschäftigt. Tendenz fallend.**

## Beschäftigung hat Vorrang

**Beschäftigung zu sichern, das hat für die SPD-Bundestagsfraktion in den kommenden Monaten oberste Priorität.** Dank der Arbeitsmarktpolitik von Bundesarbeitsminister Olaf Scholz konnte ein Anstieg der Arbeitslosigkeit vor allem durch die Kurzarbeit entscheidend begrenzt werden. Aber das allein reicht noch nicht: Die

SPD-Bundestagsfraktion spricht sich unter anderem für eine geförderte Altersteilzeit aus, um jungen Menschen eine Beschäftigungsbrücke zu ermöglichen. Und sie unterstützt den Deutschland-Plan von Frank-Walter Steinmeier für Arbeitsplätze in Umwelttechnologien. ■

**Mehr: Seite 3 und 7**

## Mehrheit befürwortet den Atomausstieg

- **Atomkraftwerke sind kein Garant für günstige Strompreise, sagt das Öko-Institut in einer Studie: Längere Laufzeiten verringern die Preise nicht, und die Folgekosten trägt die öffentliche Hand.**
- **Nach einer Forsa-Umfrage wollen zwei Drittel der Deutschen den Atomausstieg beibehalten oder beschleunigen. Rund 57 Prozent sehen in der Atomkraft eine große oder sogar eine sehr große Gefahr.**

## Aufgespießt

- Selten bekennt sich Bundeskanzlerin Angela Merkel öffentlich zu ihren Positionen. Beim Thema Atomkraft sieht das anders aus. In ihrer Festrede zum 50-jährigen Jubiläum des Deutschen Atomforum e.V. erklärte sie:

„Ich persönlich mache mir große Sorgen, was passiert, wenn Deutschland eines Tages aus diesem Bereich ausgestiegen sein sollte, was ich nicht will; ich will die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke, und zwar auf dem besten technischen Niveau.“  
(Angela Merkel, 1. Juli 2009)

- Auch ganz im Sinne der Atomlobby äußert sich ihr Parteikollege Roland Koch und gibt den Fahrplan für ein schwarz-gelbes Bündnis aus.

„Wir wollen alle politischen Laufzeitbeschränkungen aufheben.“  
(Roland Koch, 13. Juli 2009)

- Noch einen Schritt weiter geht Günther Oettinger (CDU), Ministerpräsident in Baden-Württemberg. Seiner Meinung nach sollte der Pannenmeiler Krümmel weiterlaufen:

„Es wäre falsch, jetzt ungeprüft die Stilllegung von Krümmel zu fordern. Wenn die technischen Voraussetzungen stimmen, ist Krümmel ein Kraftwerk mit Zukunft.“

(Günther Oettinger, 7. Juli 2009)

- Die Atomlobby frohlockt sicher über so viele freundschaftliche Bekundungen. Anderer Meinung dürften die 68 Prozent der CDU-Wähler sein, die laut einer Emnid-Umfrage für eine Abschaltung aller alten Atomreaktoren sind. Doch auch der Wunsch-Koalitionspartner setzt auf Atom:

„Was macht es für einen Sinn, dass wir in Deutschland aus der modernsten und sichersten Kerntechnik, die es auf der Welt gibt, aussteigen?“

(Guido Westerwelle, FDP, 2. Juli 2009)

# Viele Menschen vor Arbeitslosigkeit bewahrt

Beim Mindestlohn blockiert die Union, eine Verlängerung der geförderten Altersteilzeit wollen SPD und Gewerkschaften. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer im Interview.

## Hat die Politik genug getan, um die sozialen Folgen der Krise zu begrenzen?

Dank der Ausweitung der Kurzarbeit – von den Gewerkschaften angeregt – ist es gelungen, viele Menschen vor Arbeitslosigkeit zu bewahren. Bedauerlich ist, dass die Regierung die zunächst im Gesetz vorhandenen Anreize zur Weiterbildung während der Kurzarbeit gekappt hat. Qualifikation ist der beste Schutz gegen Arbeitslosigkeit. Die Unternehmen brauchen top ausgebildetes Personal, um nach der Krise durchstarten zu können. Das haben viele Chefs nicht begriffen und vernachlässigen die Weiterbildung – trotz möglicher Zuschüsse der Bundesagentur für Arbeit (BA). Die Politik hat außerdem erkannt, dass man in dieser beispiellosen Krise die Konjunktur mit staatlicher Hilfe ankurbeln muss. Allerdings reichen die ersten beiden Konjunkturprogramme noch nicht aus. Im Übrigen halten wir es für ganz entscheidend, als Lehre aus der Finanzkrise mit entsprechenden Gesetzen auch auf internationaler Ebene das Finanzmarkt-Roulette zu unterbinden. Erste Ansätze sind zwar erkennbar, aber da muss noch mehr kommen – die Banker zocken schon wieder hemmungslos mit hoch gefährlichen Anlageprodukten.

**Arbeitsminister Olaf Scholz sagt, Beschäftigungssicherung hat in**



**der Krise Vorrang. Sein jüngster Vorstoß dazu – die Verlängerung der geförderten Altersteilzeit. Ihre Bewertung?**

Der DGB fordert seit langem die Verlängerung der geförderten Altersteilzeit mindestens für die Dauer der Wirtschaftskrise. In der Krise steigen Alters- und Jugendarbeitslosigkeit deutlich stärker als die allgemeine Arbeitslosenrate. Der DGB plädiert dafür, die BAFörderung auf die Einstellung von zusätzlichen Auszubildenden oder die Übernahme nach der Ausbildung zu konzentrieren. Das will auch der Arbeitsminister.

**Die SPD-Bundestagsfraktion fordert wie die Gewerkschaften den gesetzlichen Mindestlohn. Dennoch ist er immer noch nicht durchgesetzt. Woran hapert es?**

Hier blockiert die Union massiv und nimmt damit in Kauf, dass Hunderttausende nicht von ihrer Arbeit leben können. Das ist ein Skandal auf Kosten der Betroffenen, die ergänzend zu ihrem Dumpinglohn auf Hartz IV angewiesen sind. Aber es belastet auch die sozialen Sicherungssysteme: Die Arbeitgeber verlassen sich schlicht darauf, dass die von ihnen gezahlten Hungerlöhne vom Staat aufgestockt werden. ■

FOTO: DGB/FRANKA BRUNS

## Verunsicherung in den Jobcentern

**Die Unsicherheit der Beschäftigten in den 346 Jobcentern wächst. Viele der Mitarbeiter sorgen sich um ihre berufliche Zukunft. Warum? Die Blockade der CDU/CSU-Fraktion hat eine Einigung über die Zukunft der Arbeitsgemeinschaften (ARGen) scheitern lassen.** Bis Ende 2010 – so hatte es das Bundesverfassungsgericht im Dezember 2007 entschieden – muss die Zusammenarbeit von Kommunen und Bundesagentur für Arbeit in den Jobcentern neu geordnet werden. Geschieht das nicht fristgerecht, werden die Jobcenter aufgelöst. Die SPD drängte daraufhin auf eine schnelle Lösung, um den über 50 000

Beschäftigten Planungssicherheit zu geben.

Der Kompromiss in der Sache liegt längst auf dem Tisch. Bundesarbeitsminister Olaf Scholz hatte sich mit den Ministerpräsidenten Kurt Beck und Jürgen Rüttgers geeinigt. Danach sollen künftig „Zentren für Arbeit und Grundsicherung“ als Anstalten öffentlichen Rechts mit Beteiligung der Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit errichtet werden. Alle 16 Länder wollen die Lösung mittragen.

Doch trotz dieser partei- und länderübergreifenden Einigung hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in letzter Minute ihre Zustimmung verwei-

gert. Eigene Vorschläge hat sie nicht entwickelt. Die SPD-Bundestagsfraktion ist sich einig: Diese Blockade ist verantwortungslos und schadet den Interessen von Arbeitssuchenden und Beschäftigten der Jobcenter.

Immerhin habe Olaf Scholz dafür gesorgt, dass die Zahl der Vermittler in den Arbeitsagenturen und Jobcentern deutlich aufgestockt wird und bisher befristete Verträge entfristet werden. Durch diese Entscheidung seien „die Folgen des kollektiven Nervenzusammenbruchs der Unionsfraktion bisher noch nicht dramatisch“, so Hubertus Heil, Bundestagsabgeordneter und SPD-Generalsekretär. ■

# Beschäftigungsbrücke für junge Menschen

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz und die SPD-Bundestagsfraktion wollen die geförderte Altersteilzeit bis 2014 verlängern.

Ende 2009 läuft die staatliche Förderung der Altersteilzeit aus. Olaf Scholz will sie bis 2014 verlängern. Sein Ziel: eine Beschäftigungsbrücke für junge Menschen bauen und ältere Beschäftigte vor der Arbeitslosigkeit bewahren. Denn gerade in der Krise sind alte und junge Menschen besonders von Arbeitslosigkeit bedroht. Es könne nicht sein, dass Jugendliche die Folgen der Krise ausbaden müssten, so Scholz. Deshalb soll künftig Altersteilzeit nur dann von der Bundesagentur für Arbeit gefördert werden, wenn der Betrieb einen Auszubildenden neu einstellt oder einen Ausbildungsabsolventen übernimmt.

Die als „staatliche Subventionierung des Personalabbaus“ oft gescholtene Altersteilzeit wirkt im Übrigen viel besser als vermutet. So entfielen 2008 von den gut 100 000 Förderfällen über 50 000 auf junge Leute, die als Azubis eingestellt oder nach ihrer Ausbildung übernommen wurden. Die restliche Förderung entfiel auf Neueinstellungen von Arbeitslosen. „Wir brauchen die geförderte Altersteilzeit



**Berufseinsteiger brauchen faire Jobchancen – auch in der Krise. Deshalb soll Altersteilzeit künftig nur dann gefördert werden, wenn der Betrieb einen Auszubildenden einstellt oder einen Ausgebildeten übernimmt.**

weiter als Beschäftigungsbrücke für junge ausgebildete Menschen“, bekräftigt Andrea Nahles, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. „Jetzt zu handeln und die Förderung noch in dieser Wahlperiode zu verlängern, wäre ein wichtiges Signal.“ Olaf Scholz hat ei-

nen entsprechenden Gesetzentwurf „fertig in der Schublade“. Er erklärt: „Wir können das Gesetz jederzeit auf den Weg bringen, auch noch vor der Bundestagswahl.“ Doch während etwa die Gewerkschaften den Vorschlag unterstützen, winkt der Koalitionspartner ab. ■

## Finanzaufsicht wird gestärkt

Die bisherige Entwicklung der Finanzmarktkrise hat gezeigt: Die Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) muss mehr Befugnisse erhalten. Die SPD-Bundestagsfraktion sagt: Eingreifen in Krisensituationen muss möglich sein.

Aus diesem Grund hat der Bundestag im Juli den Gesetzentwurf zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht beschlossen. Durch zusätzliche Meldepflichten erhält die Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BaFin) zudem mehr Informationen, um künftig Risikopotenziale besser abschätzen zu können.

Ein wichtiger Schritt, dem jedoch die Umsetzung von international noch auszuhandelnden Regeln für die Finanzmärkte so schnell wie möglich folgen muss“, wie der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion



**Klare Regeln für die internationalen Finanzmärkte beugen Krisen vor.**

Hans-Ulrich Krüger betont. Denn, so warnt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Joachim

Poß: „Ohne umfassende Regeln und klare Grenzen auf den Weltfinanzmärkten kann sich eine Krise dieses Ausmaßes jederzeit wiederholen – diese Märkte werden niemals aus sich selbst heraus stabil bleiben.“

Um den laufenden Regulierungsvorhaben auf EU-Ebene nicht vorzugreifen, beschränken sich die Vorschläge des Gesetzentwurfes auf besonders wichtige Ziele: Stärkung der Prävention, bessere Information der Aufsicht durch zusätzliche Meldepflichten und verbesserte Eingriffsmöglichkeiten in Krisensituationen.

So ist es Banken und Versicherungen künftig in Krisensituationen verboten, von im Inland ansässigen Tochterinstituten ausländischer Bankinstitute Zahlungen an ausländische konzernangehörige Unternehmen zu transferieren. Auf diese Weise wird verhindert, dass einem deutschen Tochterinstitut durch die ausländische Mutter- oder Schwestergesellschaft Liquidität entzogen wird. „Die Aufsicht ist mit dem Gesetz besser zur Gefahrenabwehr gewappnet“, erklärt der SPD-Abgeordnete Jörg-Otto Spiller. ■

## Viel geschafft, nicht alles erreicht

■ Von Andrea Nahles, arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

In der aktuellen Krise hat die Große Koalition erfolgreich für den Erhalt von Beschäftigung zusammengearbeitet. Die Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld helfen, Entlassungen zu vermeiden. Insgesamt hat die SPD-Bundestagsfraktion in der Koalition im Bereich Arbeits- und Sozialpolitik viel geschafft. Und doch haben wir nicht alles erreicht, was notwendig gewesen wäre. So ist es uns gelungen, mit dem novellierten Arbeitnehmer-Entsendegesetz drei Millionen Beschäftigte besser vor Lohn-



drückerei zu schützen. Das ist ein großer Erfolg. Doch werden nach wie vor Millionen Menschen nicht vor Lohndumping geschützt – die Blockade der Union hat einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn verhindert. Deshalb bleibt der Mindestlohn ganz oben auf unserer Agenda. Auch beim Thema Ausbildung bleibt noch viel zu tun. Berufseinsteiger dürfen nicht die ersten Opfer der Krise werden. Erfreulich ist, dass wir uns darauf verständigt haben, mit dem Ausbildungsbonus die Fortsetzung der Ausbildung zu fördern, wenn der Arbeitgeber in Insolvenz gegangen ist. Wir haben auch durchgesetzt, dass das Nachholen des Hauptschulabschlusses gefördert wird. Angesichts des sich abzeichnenden dramatischen Rückgangs an Lehrstellen reicht das aber nicht. Bundesminister Olaf Scholz hat die Partner im Ausbildungspakt aufgefordert, auch in diesem Jahr mindestens 600 000 Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Doch der Koalitionspartner zieht nicht mit. Um die Jobchancen von Jugendlichen zu verbessern, braucht die SPD deshalb eigene Mehrheiten. ■



Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hineinkommt. Nicht nur mit dem nach ihm benannten Struckschen Gesetz hat der SPD-Fraktionsvorsitzende den Bundestag mit geprägt.

## »Steht zu euren Überzeugungen«

Dreißig Jahre war er Bundestagsabgeordneter, acht Jahre lang Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Bei der Bundestagswahl tritt Peter Struck nicht mehr an. Im Interview zieht er Bilanz.

### Was war Ihr erster Gedanke, als nach der letzten Bundestagswahl klar war, dass nur eine Große Koalition möglich ist?

Das kann nicht gut gehen. Seit 1980 mache ich Politik im Bundestag, und die Unions-Kollegen waren immer die Hauptgegner in der politischen Auseinandersetzung. Nach 16 Jahren Opposition während der Kohl-Ära konnte ich mir kaum vorstellen, mit denen ordentlich zusammenarbeiten zu können. Es ging dann doch einigermaßen. Aber alle Beteiligten sind froh, dass die Große Koalition jetzt bald beendet ist.

### Wie sieht Ihre persönliche Bilanz der letzten vier Jahre aus?

In vielen Bereichen haben wir der Koalition einen sozialdemokratischen Stempel aufdrücken können. Siehe Familienförderung, siehe Bafög-Erhöhung, siehe Elterngeld oder den Schutzschirm für Beschäftigte in der Krise. Wir haben zudem in der Finanz- und Wirtschaftskrise die Handlungsfähigkeit des Staates bewiesen. Das Gesetz für den Rettungsschirm der Banken, das unabdingbar war, haben wir innerhalb einer Woche durch Bundestag und Bundesrat gebracht. Insgesamt

bin ich relativ zufrieden mit dem, was wir als SPD-Bundestagsfraktion leisten konnten in dieser Koalition.

### Was ist für Sie der größte Erfolg, der auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzt werden konnte?

Vor allem der große Abbau der Arbeitslosigkeit – ohne Schröders umstrittene Agenda 2010 wäre das nicht möglich gewesen. Dass wir die Arbeitslosenzahl vor der Krise fast an die drei Millionen drücken konnten, ist ein Erfolg.

### Dennoch werden Erfolge der Großen Koalition der Kanzlerin zugeschrieben ...

Was die SPD in der Koalition zur Bewältigung der großen Probleme beigetragen hat, kann sich sehen lassen, wird aber noch unterbewertet in der Öffentlichkeit. Das müssen wir im Wahlkampf ändern. Wir müssen klar machen, dass wir die Kanzlerin zur sozialen Politik gezwungen haben.

### Vor allem, was Arbeitnehmerrechte oder Kündigungsschutz angeht – wenn man sich die Vorhaben der Union aus dem Wahlprogramm von 2005 ansieht.

Absolut! Unsere Voraussetzung für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen 2005 war, dass Arbeitnehmerrechte, wie Kündigungsschutz und Tarifvertragsrecht, nicht beschnitten werden dürfen. Das musste Frau Merkel unterschreiben, sonst hätte es keine Verhandlungen gegeben. Die Wählerinnen und Wähler sollten sich deshalb genau überlegen, was aus Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten wird, wenn die SPD nicht mehr in der Regie-

lung sein sollte. Wer Arbeitnehmerrechte bewahren will, der muss Schwarz-Gelb verhindern. Die machen sich beispielsweise lustig darüber, dass wir Vollbeschäftigung als Ziel im Auge behalten. Das ist blanker Zynismus. Unser Kandidat dagegen hat in seinem Deutschlandplan aufgezeigt, dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.

### Wo war es besonders schwierig, mit der Union zusammenzuarbeiten?

Eindeutig im Bereich Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Bei Themen wie dem Mindestlohn gab es in der Union schwere Kämpfe zwischen deren Arbeitnehmerflügel, der nicht sehr stark ist, und dem Wirtschaftsflügel. Wir konnten dennoch einiges in Sachen soziale Gerechtigkeit durchsetzen, zum Beispiel das Schulstarterpaket für Kinder aus sozial schwachen Familien. Aber es war immer wieder ein Hauen und Stechen.

### Was hat Sie in den letzten vier Jahren politisch am meisten enttäuscht?

Dass wir den allgemeingültigen Mindestlohn nicht durchsetzen konnten. Ich hatte gehofft, dass Frau Merkel – schon aus wahltaktischen Gründen – irgendwann nachgibt, aber sie hat sich nicht getraut, ihrem Wirtschaftsflügel Paroli zu bieten. Die SPD-Bundestagsfraktion hat aber dafür gesorgt, dass es für knapp drei Millionen Menschen über das Entsendegesetz in einigen Branchen einen Mindestlohn gibt. Aber es bleiben Viele übrig, für die das nicht gilt. Deshalb ist der gesetzliche Mindestlohn eines unserer Wahlkampfthemen.

### Aktuell bewegt uns alle die Wirtschafts- und Finanzkrise. Dank der SPD-Bundestagsfraktion ist es geglückt, dass sich die Konjunkturpakete maßgeblich an Arbeitnehmerinteressen ausrichten. War es einfach, das durchzusetzen?

Nein. Die Union ist insgeheim immer noch der Meinung: Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht, und der Staat soll sich raushalten. Die Konjunktur-



Von 1990 bis 1998 war Peter Struck Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, von 1998 bis 2002 und seit 2005 Fraktionsvorsitzender.

programme waren ureigene Gedanken von Frank-Walter Steinmeier und Peer Steinbrück. Ohne Steinbrück hätte Frau Merkel in der Finanzkrise ganz alt ausgesehen. Zum Glück hat sie sich



Seine Entertainment-Talente bewies Peter Struck regelmäßig auf Festen.

zu 100 Prozent auf ihn verlassen und nicht auf Einflüsterer aus dem Wirtschaftsministerium. Zur Abwrackprämie hat Frau Merkel am Anfang erst mal Nein gesagt. Jetzt erweist sich diese als großer Renner, auch in den USA. Auch das von Olaf Scholz vorgelegte Kurzarbeitergeld ist ein großer Erfolg.

**Als Sie 1980 in den Bundestag gewählt wurden, war noch Herbert Wehner SPD-Fraktionsvorsitzender. Ist er für Sie ein Vorbild?**

Von Herbert Wehner aber auch von Hans-Jochen Vogel habe ich gelernt: Oberstes Ziel ist es, die Fraktion zusammenzuhalten. Und: In einer Regierungsfraktion ist das wichtigste Ziel, die Regierung zu stützen und dabei Eigenständigkeit zu bewahren. Wir sind keine Befehlsempfänger der Regierung, mancher Minister hat das schmerzlich erfahren müssen. Das Parlament macht die Gesetze und nicht die Regierung.

**Wie funktioniert das, die Fraktion zusammenzuhalten?**

Man muss eine natürliche Autorität haben – die habe ich. Selbst wenn Abgeordnete Vorbehalte haben, müssen sie die Fraktion in wichtigen Fragen rückhaltlos unterstützen. Das ist schon deshalb nicht einfach, weil alle Abgeordnete selbstbewusste Frauen und Männer sind, die in ihrem Wahlkreis eine tragende Rolle spielen. Manchmal muss man dann laut werden und Klartext reden. Das habe ich gemacht, aber das hat mir auch keiner übel genommen, weil alle verstehen, welche Aufgabe ein Fraktionsvorsitzender hat.

**Was geben Sie Ihrer Nachfolgerin, Ihrem Nachfolger im Fraktionsvorsitz mit auf den Weg?**

Eine Fraktion muss immer selbstbewusst sein. Sie muss aber auch bereit sein, unpopuläre Politik nach außen zu vertreten. Mein Rat an die MdBs ist: Steht zu euren Überzeugungen! Das trägt allemal länger, als wenn man populistisch wechselnder Klientel nach dem Mund redet.

**Sind Sie auf etwas aus Ihrer Zeit als MdB besonders stolz?**

Ja darauf, dass wir als SPD-Bundestagsfraktion in der Regierungszeit von 1998 bis 2005 das Land grundsätzlich verändert haben. Deutschland ist liberaler geworden. Denken Sie an das Zuwanderungsgesetz oder das Gleichstellungsgesetz. Das wäre zu Helmut Kohls Zeiten undenkbar gewesen. Rot-Grün hat auch die Weichen für die neue gewichtigere Rolle Deutschlands in der Weltpolitik gestellt. Und hat dafür gesorgt, die Folgen der Trennung in zwei deutsche Staaten zu überwinden. Durch die Agenda 2010 ist unser Sozialstaat stabilisiert und gerettet worden. Hätten wir das nicht gemacht, dann würden wir heute beispielsweise über Rentenbeiträge von über 22 oder 23 Prozent reden.

**Viele Gewerkschaftsmitglieder kritisieren die SPD aber insbesondere wegen der Agenda.**

Ich denke, das größte Problem für die Gewerkschaften ist die Rente mit 67. Da sagen die DGB-Gewerkschaften: Es ist falsch, was ihr da macht. Angesichts des demografischen Wandels gab es aber keine Alternative. Außerdem werden wir 2012 noch mal überprüfen, wie die Beschäftigungssituation Älterer aussieht und ob der Plan für die Einführung der Rente mit 67 bleiben kann, wie er ist. Im Übrigen bin ich – wie viele SPD-Mitglieder aus Überzeugung – seit 40 Jahren Gewerkschaftsmitglied. Manches, was meine Gewerkschaft ver.di macht, passt mir

standard zu erreichen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Neben der Politik werde ich auch Menschen aus meinem engeren Umfeld vermissen, darunter auch einige MdBs. Klar ist: Ich mische mich als Rentner nicht mehr ein. Den Aktiven reinzureden, davon halte ich nichts. Kümmeren werde ich mich jetzt vor allem um meine Familie und um die Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der ich stellvertretender Vorsitzender bin.

**Gibt es Dinge, bei denen Sie froh sind, wenn Sie damit nichts mehr zu tun haben?**



Von 2002 bis 2005 war Peter Struck Bundesminister für Verteidigung. Unter seiner Führung erhielt die Bundeswehr neue verteidigungspolitische Richtlinien.

nicht. Aber ich bin nah genug dran, um die großen Sorgen der Kolleginnen und Kollegen zu verstehen, die sich fragen: Was ist, wenn ich arbeitslos werde oder nicht bis 65 arbeiten kann? Diese Ängste nehmen wir ernst.

**Wie ist der Abschied nach 30 Jahren im Bundestag? Mit einem lachenden und einem weinenden Auge?**

Klar ist da ein wenig Wehmut. Ich wollte immer Politik für mehr soziale Gerechtigkeit machen. Ich komme aus einem Arbeiterhaushalt, mein Vater war Kfz-Schlosser. Wichtig ist mir vor allem, dass Menschen die Chance haben, über Bildung einen höheren Lebens-

standard zu erreichen – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Neben der Politik werde ich auch Menschen aus meinem engeren Umfeld vermissen, darunter auch einige MdBs. Klar ist: Ich mische mich als Rentner nicht mehr ein. Den Aktiven reinzureden, davon halte ich nichts. Kümmeren werde ich mich jetzt vor allem um meine Familie und um die Friedrich-Ebert-Stiftung, bei der ich stellvertretender Vorsitzender bin.

**Sie sind gerade von der Ben-Gurion-Universität zum Ehren-Professor ernannt worden. Was bedeutet Ihnen das?**

Sehr viel. Israel liegt mir besonders am Herzen. Wegen der Shoah, dem systematischen Massenmord der Juden in der NS-Zeit, werden wir Israel gegenüber immer in der Verantwortung stehen. Alle Fraktionsvorsitzenden der SPD haben deutsch-israelischen Kontakten immer eine besondere Bedeutung beigemessen. Die Professur ist eine große Ehre und Anerkennung. ■

## Soziales Gewissen der Großen Koalition

Vier Jahre Große Koalition gehen zu Ende und die Bilanz zeigt: die SPD-Bundestagsfraktion war treibende Kraft und soziales Gewissen.

- **Jobs sichern in der Krise:** Fünf Milliarden Euro für die **Abwrackprämie**, Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate und ein **Investitionspaket** im Umfang von 80 Milliarden Euro für 2009/2010 dämpfen die Auswirkungen der Krise.
- Sechs Branchen sind neu in das **Arbeitnehmer-Entsendegesetz** aufgenommen worden. Damit profitieren rund 3 Millionen Beschäftigte vom **Mindestlohn**.
- Das **BAföG** ist mit zehn Prozent deutlich angehoben worden. Im

Höchstfördersatz bekommen Studierende nun 643 statt bisher 585 Euro. Die Freibeiträge sind um 8 Prozent gestiegen.

- Das **Meister-BAföG** ist entscheidend ergänzt worden. Gefördert werden nun auch Fortbildungen zur Erzieherin oder zum Erzieher wie auch Bildungsmaßnahmen in der Altenpflege. Bei bestandenen Prüfungen werden 25 Prozent der Gebühren erlassen.
- **Managergehälter** geregelt: Der Aufsichtsrat trägt nun Sorge, dass eine nachhaltige Unterneh-

mententwicklung bei der Vorstandsvergütung eine zentrale Rolle spielt. Außerdem sind die Regeln für eine Herabsetzung von Managergehältern bei schlechten Unternehmensergebnissen verschärft worden.

- Mit der **Einführung des Elterngeldes** und des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag werden Familien nachhaltig gefördert. Das **Kindergeld** ist zum 1. Januar 2009 von bisher 154 auf nun 164 Euro für das erste und zweite Kind angehoben worden. Für das

dritte Kind gibt es 170 Euro. Außerdem erhalten Kinder aus sozial schwachen Familien ein **Schulstarterpaket** von 100 Euro.

- Ausweitung der **Mitarbeiterkapitalbeteiligung**: Damit erhalten die Beschäftigten einen fairen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg ihres Unternehmens.
- **Erhöhung der Renten:** In Westdeutschland steigen die Renten in diesem Jahr um 2,41 Prozent und im Osten um 3,38 Prozent. Das zeigt: Auch in der Krise ist Verlass auf den Sozialstaat.

## Europa: Mehr Kompetenzen für den Bundestag

Die SPD-Bundestagsfraktion ist zuversichtlich, dass der Bundestag das neue Begleitgesetz zum EU-Vertrag von Lissabon am 8. September beschließen wird. Thomas Oppermann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, geht davon aus, dass die von der Koalition eingesetzte Arbeitsgruppe sich Mitte August auf einen Gesetzentwurf einigt.

Ziel aller Beteiligten sei es, so Oppermann, dafür zu sorgen, dass der Lissabon-Vertrag zeitnah ratifiziert werden kann. Eile tut schon deshalb Not, weil die Ratifizierung in Deutschland vor dem 2. Oktober abgeschlossen sein soll. An diesem Tag entscheiden die Iren in einer erneuten Volksabstimmung über den Vertrag.

Notwendig wurde die Neufassung des Begleitgesetzes nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) vom 30. Juni. Das BVerfG hat darin den Vertrag grundsätzlich gebilligt, aber mehr Beteiligungsrechte für Bundestag und Bundesrat gefordert. Die Karlsruher Richter sind der Ansicht, dass die Bundesregierung nur mit Zustimmung des Bundestages akzeptieren darf, wenn Abstimmungsregeln geändert oder neue Kompetenzen auf EU-Ebene geschaffen werden sollen. Deshalb ist der laufende Ratifizierungsprozess so lange gestoppt, bis der Bundestag über ein geändertes Begleitgesetz entschieden hat.

Die SPD-Bundestagsfraktion sieht sich in ihrer Position durch das Urteil gestärkt. Sie hat sich von Anfang an für die Stärkung der Rechte des Bundestages durch den Vertrag von Lissabon eingesetzt. Bereits Ende Juli hat sie ihre Position zum BVerfG-Urteil in einem 7-Punkte-Plan formuliert. „Wir möchten erreichen“, erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Angelica Schwall-Düren, „dass der Bundestag durch das Begleitgesetz die Möglichkeit erhält, seiner Integrationsverantwortung gerecht zu werden. Gleichzeitig wollen wir der Bundesregierung den erforderlichen Spielraum für die komplizierten Verhandlungen auf EU-Ebene überlassen.“

Mit dem Vertrag von Lissabon soll die EU in zentralen Bereichen reformiert werden. Unter anderem werden die Rechte des EU-Parlamentes und die soziale Dimension Europas gestärkt – etwa durch die EU-Grundrechtecharta, die Bestandteil des Vertrags ist. ■

# Entwicklungsländer vor Wirtschaftskrise schützen

Die Geberländer müssen ihre Verpflichtungen einhalten.

Nach einer Studie der Weltbank haben rund 40 Entwicklungsländer massive Zahlungsschwierigkeiten aufgrund der Finanzkrise, für die sie selbst keine Verantwortung tragen. Die Weltbank schätzt, dass in Folge der Krise jedes Jahr weltweit bis zu 400 000 Kinder zusätzlich sterben werden. „Die Geberländer müssen zu ihren internationalen Verpflichtungen im Kampf gegen Armut, Hunger und Kindersterblichkeit stehen“, fordert Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul.

Doch es geht der SPD-Politikerin nicht allein um Hilfen. Sie mahnt auch institutionelle Schlussfolgerungen aus der Krise an. So sollen die Vereinten Nationen (UN) in Wirtschaftsfragen gestärkt werden. Ein Erfolg in diese Richtung ist die Einrichtung eines „Intergovernmental Panel on Systemic Risks“ auf UN-Ebene, die im Juni in New York beschlossen wurde. Das Beratungsgremium soll Fehlentwicklungen identifizieren und künftige Krisen



In den Entwicklungsländern werden in Folge der Krise jedes Jahr bis zu 400 000 Kinder zusätzlich sterben.

verhindern helfen. Gleichzeitig fordert Wiecek-Zeul innovative Finanzinstrumente und die Festlegung auf langfristige Schuldentragfähigkeit für die Entwicklungsländer. „Es muss verhindert werden, dass Entwicklungsländer in eine neue Schuldenfalle getrieben werden“, warnt die Ministerin.

Um die UN-Millenniumsziele zu erreichen, müssen nachhaltige Strukturen aufgebaut werden. Auf Initiative vor allem des SPD-Abgeordneten und ehemaligen Arbeitsministers Walter Riester hat die Koalition einen Antrag ins Parlament eingebracht, der ein verstärktes Engagement beim Aufbau von Systemen nachhaltiger Sicherung fordert. Das ist möglich: Eine Mikrosimulation der International Labour Organization (ILO) zeigt, dass allein durch die Einführung einer universellen Altersrente und einer Leistung für bedürftige Kinder im Schulalter die Armutsquoten in Senegal und Tansania um 40 Prozent gesenkt werden können. Die Kosten für Sozialprogramme dieser Art würden bei rund drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen. „Der häufig vorgebrachte Einwand, soziale Sicherheit sei für einkommensschwache Länder nicht finanzierbar, ist somit nicht zu halten. Dieser Ansatz ermöglicht es den Menschen, die Armut selbst zu bekämpfen“, so Riester. ■

## Letzte NS-Opfergruppe rehabilitiert

**Der Weg ist endlich frei: Am 26. August steht ein fraktionsübergreifender Gesetzentwurf zur Rehabilitation von NS-„Kriegsverrätern“ in einer Sondersitzung des Bundestages zum Beschluss.** Demnach sollen Menschen, die von der NS-Justiz als „Kriegsverräter“ verurteilt wurden, nicht mehr als vorbestraft gelten. Bereits 2002 wurden unter der rot-grünen Bundesregierung 44 Tatbestände in das Aufhebungsgesetz für NS-Unrechtsurteile

aufgenommen. Auf Grund einer unzureichenden Forschungslage konnte die Opfergruppe der NS-„Kriegsverräter“ damals noch nicht berücksichtigt werden.

Mehr als 30 000 Menschen sind von der NS-Militärjustiz zum Tode verurteilt worden – mehrere Zehntausend wurden in Zuchthäuser eingewiesen. Als Willkürinstrument diente das NS-Gesetz, um unerwünschtes Verhalten wie politischen Widerstand, Unterstützung von Juden und Schwarz-

marktdelikte zu verfolgen. Die stellvertretende rechtspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Christine Lambrecht stellt klar: Bei der Rehabilitation handele es sich um ein wichtiges, längst überfälliges Symbol. Die Menschen, die damals verurteilt worden seien, hätten Widerstand geleistet und nicht Kriegsverrat begangen, betont sie. Nun müssten die Betroffenen und Angehörigen nicht länger mit einem Stigma leben. ■

## Nazis aus dem Takt: Die Sieger stehen fest

**Gemeinsam mit Gewerkschaften, Musikverbänden und MusikerInnen eröffnete Vizekanzler Frank-Walter Steinmeier im Juni den Song-Contest „Nazis aus dem Takt bringen“.** Nun stehen die drei Gewinner des Wettbewerbs fest, die von Usern der Internetseite myspace gewählt wurden und in ihren Liedern für eine offene und tolerante Gesellschaft eintreten. In der Wählergunst vorne lagen die Indierockband Cosma aus Berlin, die Colditzer Punkband HeMaTom und die Leipziger Gruppe Empty Guns.

Mit bekannten Künstlern stehen sie am 6. September bei einem großen „Nazis aus dem Takt bringen“-Abschlusskonzert im Berliner Stadion An der Alten Försterei auf der Bühne. Ihre Songs erscheinen außerdem auf einer CD mit weiteren Bands aus dem Wettbewerb sowie prominenten Unterstützern, die an Schulen kostenlos verteilt wird. „Wir werden den braunen Mob und das dumme Geschwätz von gestern nicht zulassen – weder in der Musik noch in der Politik“, betont Frank-Walter Steinmeier. ■

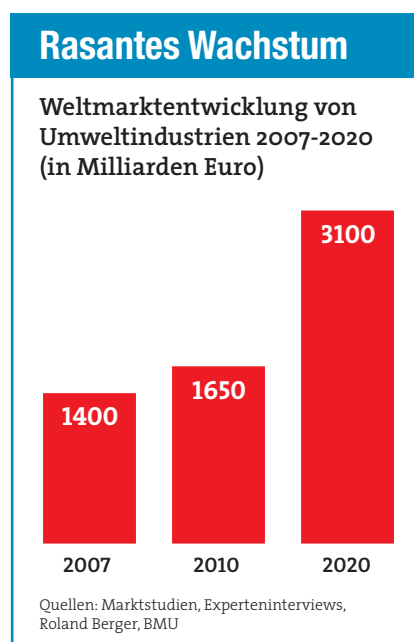


# Ökologie als Chance für Unternehmen

Lange Zeit wurden Ökologie und Ökonomie als Gegensatz verstanden. Diese Zeiten sind vorbei. GreenTech ist weltweit ein Erfolgsmotor.

Die deutsche Umwelttechnik-Branche hat sich derzeit Weltmarktanteile – je nach Sparte – zwischen sechs und 30 Prozent erarbeitet. In Deutschland selbst hat die Branche 2007 bereits acht Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaftet. Bis 2020 wird sich der Anteil auf 14 Prozent erhöhen, wenn die Weichen richtig gestellt werden. Insgesamt sind in diesem Bereich im vergangenen Jahr in Deutschland knapp 29 Milliarden Euro umgesetzt worden. Die Bedeutung dieses Marktes kann nicht mehr unterschätzt werden. Und Umwelttechnologien schaffen Arbeitsplätze. 2007 arbeiteten 250 000 Menschen im GreenTech-Bereich, im vergangenen Jahr waren es bereits rund 280 000. Tendenz steigend.

Auch Frank-Walter Steinmeier, Vizekanzler und SPD-Kanzlerkandidat, setzt in seinem Grundsatzpapier „Die Arbeit von morgen“ auf Erneuerbare Energien. Kern des Konzeptes ist eine wirtschafts-



politische Neuausrichtung, die den Standort Deutschland stärkt, vor allem durch den Ausbau von Erneuerbaren Energien und Umwelttechnik sowie die

enge Verknüpfung von industrieller Produktion mit Software-Entwicklung. „Die nächste industrielle Revolution“, so Steinmeier, „wird traditionelle Produktion mit umweltschonenden Technologien verknüpfen“.

Wie das gehen kann, zeigt in der Praxis bereits der Förderschwerpunkt des Bundesumweltministeriums im Rahmen der Initiative „IT goes green“. Ziel ist es, einen Wettbewerb um innovative Technologien in Gang zu bringen und deren Markteinführung zu beschleunigen. Bis zu 25 Millionen Euro stellt das Bundesumweltministerium dafür zur Verfügung. Schon heute verbrauchen allein die deutschen Rechenzentren fast so viel Strom, wie vier mittelgroße Kraftwerke pro Jahr erzeugen können. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel sagt deshalb deutlich: „Die erhebliche Zunahme des klimaschädlichen Kohlendioxidstoßes können wir nur verhindern, wenn die IT-Lösungen deutlich energie- und ressourceneffizienter werden. Das senkt nicht nur die Kosten in den Unternehmen, sondern hilft, den Klimaschutz weiter voranzubringen.“

Bereits heute leisten Erneuerbare Energien und Umwelttechnologien einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Nach jüngsten Erhebungen konnten mit der Erzeugung von Strom, Wärme und Kraftstoffen aus Erneuerbaren Energien rund 112 Millionen Tonnen des klimaschädlichen Kohlendioxids vermieden werden. Für Gabriel belegen diese Zahlen: „Die Erneuerbaren Energien sind ein Zugpferd für Klimaschutz, wirtschaftliche Entwicklung und zukunftsfeste Arbeitsplätze.“ ■

## Union blockiert

**Politik heißt, Verantwortung zu übernehmen. Doch gerade im Bereich Umwelt und Energie hat die Unionsfraktion immer wieder wichtige Gesetzesvorhaben verhindert.**

### ■ Umweltgesetzbuch gescheitert

Der Bundestag hat im Juni vier Einzelgesetze aus dem Bereich des Umweltrechts beschlossen. Ursprünglich waren deren Inhalte Bestandteil eines bundeseinheitlichen Umweltgesetzbuches auf Initiative des Bundesumweltministers Sigmar Gabriel. Dieses Vorhaben scheiterte an der Blockade der Union – obwohl es im Koalitionsvertrag vereinbart war und neben der SPD-Bundestagsfraktion auch von allen Landesumweltministern, auch denen der CDU, Umwelt- und Wirtschaftsverbänden unterstützt wurde. Mit einer integrierten Vorhabengenehmigung wären vor allem kleinen und mittelständischen Unternehmen Bürokratiekosten erspart geblieben, wie der Normenkontrollrat der Bundesregierung nachgewiesen hat. Die SPD-Bundestagsfraktion wird das Thema in der nächsten Legislaturperiode wieder auf die Tagesordnung setzen..

### ■ Keine Lösung für Atommüll

Auch die Suche nach einem möglicherweise besser als Gorleben geeigneten Endlager für den Atommüll hat die Union verhindert. Gabriel hatte vorgeschlagen, mit einem Endlager-suchgesetz auf Basis internationaler Standards verschiedene Standorte auf ihre Eignung als Endlager zu überprüfen – und nur bei Gorleben zu bleiben, wenn sich kein anderer Standort als besser geeignet erweisen sollte. Das haben die CDU Baden-Württemberg und die bayerische CSU blockiert. In beiden Ländern gibt es zwar viele Atomkraftwerke, aber der Müll soll woanders hin.

## Atomenergie ist kein Klimaschutz

**Äußerungen aus der Union zur Atomenergie haben in den vergangenen Jahren immer wieder die Koalition strapaziert. Besonders beliebt bei Befürwortern ist das Argument „Klimaschutz“. Diese Haltung „gefährdet die Klimaschutzziele Deutschlands“, stellt der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Ulrich Kelber klar.**

Denn die Wertschöpfungskette der Atomenergie ist keineswegs klimafreundlich. Der Bau sowie der Rückbau von Atomkraftwerken, Wiederaufbereitungsanlagen und Endlagerstätten, die Erschließung, der Abbau, Transport und Veredelungsprozess von Uran sowie die Aufbereitung der Brennstäbe verursachen erhebliche Mengen klimaschädlicher Gase.

Da bei Atomkraftwerken die Abwärme ungenutzt bleibt, ist der Wirkungsgrad mit rund 35 Prozent sehr viel geringer als bei Kraftwerken mit Kraft-Wärme-Kopplung – sie bringen es auf satte 90 Prozent.



Atomstrom ist weder billig noch klimaschonend.

Durch Atomenergie erhöht sich außerdem die Abhängigkeit von Rohstoffen. „Jeder mit nur wenig Fachverstand weiß, dass Deutschland über keine Uranvorräte verfügt“, betont Marco Bülow, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Strom und Wärme mit modernen Blockheizkraftwerken zu produzieren,

ist zudem preiswerter und besser für das Klima als eine Energieversorgung mit Atomstrom, sagt auch eine Studie des Öko-Instituts. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel lässt deshalb keinen Zweifel: „Es ist Zeit, mit der Legende, Atomstrom wäre billig und CO<sub>2</sub>-frei, aufzuräumen. Atomkraft ist und bleibt keine Option für den Klimaschutz.“ ■

## Vorgestellt



Kerstin Griese

Als Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und als Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gestaltet Kerstin Griese (42) an zentralen Stellen die Familienpolitik in Deutschland. Generationengerechtigkeit, Gleichstellung von Mann und Frau, Kampf gegen Kinderarmut, mehr Rechte für Alleinerziehende und bessere Bildungschancen für alle Kinder, gleich welcher Herkunft, liegen ihr ganz besonders am Herzen. Seit ihrer Jugend engagiert sie sich außerdem gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und kämpft für eine tolerante und offene Gesellschaft.



Renate Schmidt

Ob Elternzeit, neue Regelungen für die Teilzeitarbeit, Ausbau der Kinderbetreuung oder Elterngeld – alle diese Maßnahmen haben Eines gemeinsam: Sie tragen die Handschrift von Renate Schmidt (66). Als Bundesministerin für Familie, Jugend und Senioren von 2002 bis 2005 hat sie die Ära einer modernen Familienpolitik eingeleitet. Ihre Leitlinien: Gleichstellung von Mann und Frau, Vereinbarkeit von Familie und Beruf – zum Wohle der Kinder. Auch als Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion hat sie die Familienpolitik mit Leidenschaft vorangetrieben. Nach fast 30 Jahren in der Bundes- und Landespolitik verabschiedet sich Renate Schmidt nun aus dem Bundestag.

# Vorrang für Familien

**Familienpolitik muss Chancengleichheit fördern.**

**// Vom Elterngeld bis zur Erhöhung des Kindergeldes – ohne das Engagement der SPD-Bundestagsfraktion wären in dieser Legislaturperiode viele Fortschritte in der Familienpolitik nicht möglich gewesen. //**



Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag durchgesetzt.

Die Arbeitswelt in Deutschland hat sich rasant gewandelt. Flexibler, mobiler und schneller – so stellt sich der Arbeitsalltag für viele Beschäftigte heute dar. Besonders Familien mit Kindern fällt es schwer, da mitzuhalten und alles unter einen Hut zu bringen. Eine Befragung der Hans-Böckler-Stiftung belegt: Über ein Drittel der Eltern gibt an, dass sie kaum Zeit für ihren Nachwuchs haben. Fast 90 Prozent der Väter und mehr als 70 Prozent der Mütter sehen Stress im Job als Hauptgrund an. Fest steht: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen Ebenen, Elterngeld, Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag und Gerechtigkeit im Bildungssystem sind Bereiche, die die SPD-Bundestagsfraktion thematisiert und maßgeblich gestaltet hat.

Beispiel Elterngeld: Das Konzept stammt aus der Feder der früheren SPD-Familienministerin Renate Schmidt und ist damals von der CDU/CSU bekämpft worden. Ohne die SPD-Bundestagsfraktion wäre die jetzige Regelung in der Großen Koalition nicht zustande

gekommen. Auch in den Diskussionen um die Partnermonate, die vor allem Vätern die Chance geben, sich um den Nachwuchs zu kümmern, legten sich Teile der CDU/CSU-Fraktion ins Zeug, um ihr traditionelles Familienbild durchzusetzen – ohne Erfolg. Partnermonate sind nun möglich, und sie wirken: Mittlerweile stellen 18 Prozent aller Väter einen Antrag auf Elterngeld, beim Vorläufer Erziehungsgeld waren es gerade einmal 3,5 Prozent.

Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Caren Marks betont: „Die SPD ist und bleibt der

familienpolitische Motor in der Koalition. In Sonntagsreden schmückt sich Frau von der Leyen gern mit moderner Familienpolitik. Ihre konkreten Zukunftsvorhaben sprechen eine andere Sprache.“

Besonders bei der finanziellen Ausstattung von Familien zeigt die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen ihr wahres Gesicht als „konservative Feministin“. Ihr neuester Vorschlag: Eltern sollen ihr Arbeitspensum senken und dafür Lohnneibußen zu Gunsten der Familie in Kauf nehmen. Von der Leyen hält auch eine Kreditaufnahme für sinnvoll, um den Nachwuchs oder Verwandte zu pflegen. Angesichts boomender Leiharbeit, Minijobs und gebrochener Erwerbsbiografien sind viele Beschäftigte dazu weder in der Lage noch bereit.

Welche Klientel die CDU-Ministerin vor allem bedienen möchte, zeigen ihre Vorschläge für kindbezogene Freibeträge im Steuerrecht. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Christel Humme kritisiert diese Pläne scharf: „Davon profitieren nur die Familien mit den höchsten Einkommen.“

Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft dagegen für eine soziale und gerechte Familienpolitik – dafür haben sich die Architektinnen einer modernen gleichstellungsorientierten Familienpolitik, wie die ehemaligen SPD-Familienministerinnen Christine Bergmann und Renate Schmidt, stark gemacht und viel erreicht: mehr Kindergeld, weniger Steuern für Familien mit zwei Kindern bis zu einem Bruttoeinkommen von 39 000 Euro, Entlastungen für Alleinerziehende und eine bessere Absetzbarkeit von Betreuungskosten.

Und klar ist für die SPD-Bundestagsfraktion auch: Es gibt noch viel zu tun auf dem Weg zu einer Familienpolitik, die gleiche Chancen für alle fördert. ■

## IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Anja Linnekugel, Ralf Bergmann

Texte: Anne Graef, Sebastian Henneke, Timm Steinborn

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– per Post: SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– per Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– per Fax: 030/22756800